

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweden

Budgetanpassungen nach oben

Erneut passt Schweden seinen Sicherheitsapparat an. Nachdem sich bereits im März die Mitte-Links-Regierung definitiv für die Wiedereinführung der Wehrpflicht – wenn auch in abgeschwächter Form – ab 2018 ausgesprochen hat, weitete sie diese gleich auch noch auf Frauen aus. Auf diese Weise stehen demnächst jährlich zusätzliche 4000 Soldaten zur Verfügung. Damit die Försvarsmakten aber auch über genügend Geld verfügt, spendierte ihr das Parlament nun zusätzliche zwei Milliarden Krona (ca. 240 Mio. Schweizer Franken) für das nächste Rüstungsbudget. Und um die Nachhaltigkeit sicherzustellen, folgen dann bis 2020 insgesamt sechs Milliarden Krona mehr, darüber ist sich die Sozialdemokratisch-Grüne Koalition einig. Peter Hultqvist,



Bild: Försvarsmakten

«Pause – Halt!», Schwedens Armee wird wieder relevant.

Schwedens Verteidigungsminister (Soz. Dem.) sieht darin – nachdem er bereits im Frühjahr zusätzliche 500 Mio. Krona erhalten hat ein weiteres «wichtiges Signal». Dieses zeige nämlich klar auf, dass Schweden über eine grosse politische Stabilität verfügt und zudem Willens sei, die eigenen Streitkräfte auf die aktuelle Bedrohungslage auszu-

richten. Auch wenn 2018 in Schweden ein Wahljahr ist, folgt der Zeitpunkt für diese Schwergewichtsbildung bei der Armee keiner rein politischen Agenda. Viel mehr sind es die aktuelle Lage im inner-europäischen Sicherheitsumfeld und Schwedens eigene Stellung innerhalb der EU, die von Stockholm wahrgenommene verstärkte Bedrohung

durch Russland und letztendlich die Erkenntnis, dass die eigenen Streitkräfte unterfinanziert und unfähig sind, die an sie gerichteten Aufträge auszuführen und somit die Sicherheit des neutralen Landes sicherzustellen. Schweden geht dabei aber – ähnlich wie Finnland – nicht davon aus, dass es dereinst zu einer russischen Invasion kommen könnte. Dennoch, das Risiko, in einen Konflikt (z.B. im Baltikum) hineingezogen zu werden, lässt sich nicht von der Hand weisen. Dementsprechend synchronisiert sich die Regierung neuerdings vermehrt mit ihrer Verteidigungsstrategie von 2015.

Nachdem sich Schweden lange Zeit nach dem Fall des eisernen Vorhangs mit seinem Militär hauptsächlich der Friedensförderung im Ausland widmete, will es nun die eigene Wichtigkeit in der Region wieder herstellen.

Polen

Universitäten spannen mit Armee zusammen

Ab kommenden Oktober werden in Polen Studenten zu Soldaten. Das auf Freiwilligkeit basierende Ausbildungsmodell hat zum Ziel, kurzfristig zusätzliche 10000 Wehrmänner für Reserveeinheiten

zu generieren und soll in der ersten Phase (Oktober bis Juni 2018) etwa 46 Mio. Euro kosten. In einem Abkommen zwischen den Hochschulen und der Armee werden dadurch einerseits Studienplätze bereitgestellt und finanziert, andererseits Studenten während ihren Semesterferien und anderen

vorgegebenen Zeiten zur militärischen Ausbildung einbezogen.

Der stellvertretende Verteidigungsminister Michael Dworczyk erklärt: «Seitdem vor einem Jahrzehnt die Wehrpflicht in Polen aufgegeben wurde, fehlt uns eine starke Reserve, auf welche im Ernstfall, das heisst bei Mobilmachung, zurückgegriffen werden kann. Mit diesem Programm finanzieren wir nun die Ausbildung unserer Jungen und stellen ihnen gleichzeitig eine militärische Ausbildung, Uniform und einen Tagessold von 90 Zloti (ca. 25 Schweizer Franken) zur Verfügung.»

Gemäss ersten Umfragen könnten sich 45% der Studenten, eine Mehrzahl von ihnen aus Zentral- und Ostpolen, ein solches Ausbildungsmodell vorstellen. Das Programm um-

fasst 30 Ausbildungsstunden an einer Universität, gefolgt von einem 22-tägigen militärischen «Boot-Camp». Danach erfolgt die Vereidigung in die Reserve. Wer einen Unteroffiziersrang erreichen möchte, muss rund doppelt so viel Zeit dafür aufwenden. Unabhängig davon wurde in Warschau eine Finanzspritze von umgerechnet 55 Milliarden Schweizer Franken für die Wojsko Polskie (Polnische Armee) für die nächsten 15 Jahren versprochen. Der Verteidigungsminister Tomasz Szatkowski gibt sich überzeugt, dass nur mit mehr Geld gegen die von Russland ausgehende Bedrohung etwas unternommen werden könnte und lobbyiert erneut bei der NATO dafür, noch mehr Allianz-Truppen auf polnischem Hoheitsgebiet zu erhalten.



Bild: Wojsko Polskie

Nahkampf beim 11. Masurischen Artillerieregiment.

Israel

HERMES-900 nun bei der Truppe

Im August erklärte die Israelische Luftwaffe (Israeli Air Force, IAF) seine HERMES-900-Drohne als vollständig operationell. Dies, nachdem das seit 2014 eingeführte System weitere technische Aufwertungen und Veränderungen erhielt. Unter dem Namen «KOCHAV» erhält die IAF nun eine unbemannte Plattform, welche eine Verdoppelung der Leistung und Fähigkeiten erhielt, so eine Pressemitteilung der Israelischen Armee. Nebst einer Verbesserung der Datenübermittlung wurde das Einsatzspektrum angepasst und die Wartungsinten-



HERMES-900 «KOCHAV».

Bild: IDF Pressedienst

sität verringert. Zudem wurde die Grösse der HERMES-900 optimiert, die Nutzlast erhöht, die mögliche Flugzeit verlängert und die Reichweite vergrössert. Obwohl die Drohne bereits eingeführt war und diverse Einsätze zugunsten der IAF leistete, wurden die Anpassungen nötig, wie Elad Aharonson, Chef der ELBIT Intelligence und ISTAR Di-

vision betont. Denn das System muss noch vermehrt in der Lage sein, hochmobile und schnell agierende Guerilla-Terroristen überwachen und verfolgen zu können, so Aharonson. Die Drohne verfügt nun über eine Spannweite von 15 Metern, einer maximalen Geschwindigkeit von 220 km/h, kann bis zu 36 Stunden in der Luft bleiben und hat eine

Dienstgipfelhöhe von 9100 Metern. Betrieben wird sie durch einen Rotax-914-Motor, welcher Benzin mit mindestens 95 Oktan verbrennt. Bisherige Abnehmer des Systems sind Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko. Auch die Schweiz bestellte mit dem Rüstungsprogramm 2015 insgesamt sechs HERMES-900 HFE (Heavy Fuel Engine), welche ab 2019 ausgeliefert werden sollten. Einzig, für die Schweizer Luftwaffe soll, worauf die Typenbezeichnung hinweist, die Drohne mit Diesel betrieben werden. Dies bringt zwar grössere Flugzeiten mit sich, bewirkte aber, dass die Konstruktion der Drohne angepasst werden musste.

Letland

Beschaffung von STINGER-Luftabwehr

NATO-Mitglied Letland übernimmt ab Mitte 2018 ehemalige dänische STINGER-Bodenluftabwehrraketen. In Riga zeigt sich Verteidigungsminister Raimonds Bergmanis äusserst zuversichtlich und betont, dass er extrem stolz und erfreut darüber ist, seinen Streitkräften mit diesem

System nun eine topmoderne und hocheffiziente Waffe – da mehrfach kampferprobt – zur Verfügung zu stellen.

Über die Anzahl der Systeme und den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart. Aus Riga wurde lediglich gemeldet, dass es eine genügend grosse Anzahl zu einem fairen Preis sei. Klar ist jedoch, dass Dänemark beides, Raketen und Abschussgeräte, liefern wird.

Aktuell verfügt Letland über 18 funktionierende eigene RBS-70 Manpads und drei PS-70 GIRAFFE-Radareinheiten aus schwedischer Produktion, welche in einer einzigen Luftabwehrbatterie zusammengefasst sind.

Der Luftraum wird durch die NATO mittels in Litaun stationierten Jets gemeinsam für das ganze Baltikum patrouilliert (BALTIC Air Pa-

trol). Die STINGER-Raketen sollen nun aber offenbar nicht der Fliegerabwehr direkt, sondern allen Truppen (auch der Nationalgarde) abgegeben werden. Dies steigert gemäss Bergmanis den Kampfwert der gesamten Armee massiv und unterstützt insgesamt flächendeckend die Abwehrfähigkeit gegen einen möglichen (russischen) Angriff.

Russland

Interkontinentalraketen-Manöver

In weiten Teilen Russlands waren die Strategischen Raketentruppen (eigene Teilstreitkraft der russischen Föderation mit dem Motto «Nach uns die Ruhe») im Manövermodus. Unabhängig von der Volltruppenübung ZAPAD 2017 wurden im September elf mobile Raketenregimenter mit etwa 400 Trägerfahrzeugen im Raum zwischen Tver (nahe des Baltikums) und Irkutsk (an



RS-24 YARS während der Übung.

der Grenze zur Mongolei) beübt. Diese mit den ballistischen Raketensystemen der

Typen TOPOL, TOPOL-M und YARS ausgerüsteten Einheiten wurden gemäss dem

russischen Verteidigungsministerium vor allem im raschen Verlegen ihrer Einsatzstandorte geschult. Die Kommandanten erhielten diese jeweils sehr kurzfristig und die Truppe musste sich mit einem fiktiven Gegner, welcher von russischen Sonderoperationskräften gespielt wurde, auseinandersetzen. Die Übung wurde, von insgesamt mehr als 100 ähnlichen Manövern der Strategischen Raketentruppen, als die grösste ihrer Art im Jahr 2017 bezeichnet.

Indien – Bhutan – China

China schickt deutliche Warnung an Indien

China und Indien teilen sich ein 3500 Kilometer langes, in der Vergangenheit häufig umkämpftes Grenzstück. Im Streit um die Doklam-Hochebene fahren beide Seiten ihre Truppen auf. «Fordert Euer Glück nicht heraus», warnt Peking. «Respektiert die Abkommen», antwortet Indien. Bhutan, der Kern der neuerlichen Streitigkeiten, schweigt.

Im Juni kam es zu einem Streit zweier Militäreinheiten auf der Doklam-Hochebene. Auf einem Teil der Ebene, der nach der Auslegung Indiens und Bhutans zu Bhutan gehört, führten chinesische Einheiten Bauarbeiten aus. Vermutlich wollten sie eine Strasse breiter machen, so dass sie mechanisiert passierbar würde.

China bestreitet dies. Auf jeden Fall feuerten indische Einheiten Warnschüsse ab. Ihr Handeln erfolgte gestützt auf ein «Abkommen» – China bestreitet die Existenz eines solchen – wonach alle Grenzstreitigkeiten automatisch trilateral sein. Bhutan, auf dessen Territorium – mindestens nach der eigenen Leseart – sich das Scharmützel ereignete, schweigt.

Im Grenzstreit hat China eine deutliche Warnung an Indien ausgesprochen. «Fordert Euer Glück nicht heraus», sagte ein Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums und forderte Indien auf, seine Soldaten abzuziehen. China werde sein Territorium «um jeden Preis» verteidigen, die Volksbefreiungsarmee habe «erste Gegenmassnahmen» eingeleitet und werde die Truppen

im Grenzgebiet gezielt aufstossen.

Zwischen Indien und China gibt es seit Wochen erhöhte Spannungen. Streitpunkt ist die Doklam-Hochebene – auch Donglang-Ebene genannt – an der Drei-Länder-Grenze von China, Indien und Bhutan. Das Königreich Bhutan und China beanspruchen



Bild: Geopolitical Information Services

das Gebiet beide für sich. Indien versteht sich als Schutzmacht Bhutans.

Sollte China seine Ansprüche in der Region durchsetzen, wächst der Zugriff von Peking auf den indischen «Hühner-

hals». Dabei handelt es sich um einen 20 Kilometer breiten Korridor, der die nordöstlichen Bundesstaaten des Landes mit dem indischen Festland verbindet.

Indiens Aussenministerin Sushma Swaraj sprach von einer «direkten Herausforderung unserer Sicherheit», wenn China einseitig den Status quo im Drei-Länder-Gebiet ändern sollte. Damit es Gespräche geben könne, müssten beide Länder ihre Soldaten abziehen.

China und Indien führten bereits 1962 einen Krieg um Gebietsansprüche in der Himalaya-Region. Die beiden Atomkräfte teilen sich ein 3500 Kilometer langes, in der Vergangenheit oft umkämpftes Grenzstück. China zählt ausserdem zu den Waffenlieferanten und Verbündeten des indischen Erzfeindes Pakistan.

Nordkorea

Bricht bald ein Atomkrieg aus? – Eine Einschätzung

Ein baldiger Atomkrieg mit Nordkorea ist unwahrscheinlich. Zwei Gründe sprechen dagegen.

Erstens: Innenpolitik. Kim Jong-Un ist immer noch dabei, seine innenpolitische Macht zu festigen. Er kam jung und ohne Netzwerk in die Führungsposition des Landes. Einerseits muss er das nicht immer kooperative Militär unter Kontrolle bringen. Andererseits ist er machtpolitisch gut beraten, den Klientelbeziehungen in der Politik zu zeigen, wer die Fäden in der Hand hat. Er selbst. Innenpolitisch zeigt er Stärke durch hartes Durchgreifen in Kultur und Wirtschaft. Aussenpolitisch zeigt er Stärke, indem er sein Arsenal einsetzt.

Die Konstellation könnte dabei nicht besser sein – für

Kim: Die USA haben einen neuen, nicht-getesteten Präsidenten; die Chinesen haben ein Jahr voller politischer Neubestellungen; der neue südkoreanische Präsident regiert ohne politische Basis; und Abe in Japan ist in den Wirren seiner eigenen (sozialdemokratischen) Politik und (konservativen) Partei verloren. Kims Machtdemonstration wirkt umso mehr.

Zweitens: China-USA. Es spielt weniger eine Rolle, ob das Ganze koordiniert ist, oder nicht. Aber China und die USA spielen die ihnen jeweils zugedachte (oder auch nur angenommene) Rolle mit hoher Präzision. Trump gibt sich rabiatisch und stellt gleich drei Flugzeugträger in den Pazifik ab; er bereitet UN-Sanktionen vor und markierte die Härte. Die NATO kritisiert er nicht mehr und lässt Spekulationen über die Rolle der Allianz in diesem Konflikt unbeantwortet. Da-

mit bauen die USA die maximal-mögliche Drohkulisse auf.

China bemüht sich andererseits um den Schutz der koreanischen Halbinsel. Schutz bedeutet jedoch, Beijing möchte möglichst keine bewaffneten Auseinandersetzungen. Weit weg vom Licht der Öffentlichkeit hat das Land der Mitte eigene Sanktionen gegen die Parteifreunde der Volksrepublik Korea verhängt. Importe aus Nordkorea wurden gedrosselt. Einige Exporte dorthin, namentlich Waffen, Munition und Stahl, wurden sogar verboten. Auch überprüfen die Mandarin die Geldflüsse nach und aus Nordkorea zunehmend genau. Das sind vielleicht viel entscheidendere Schritte als das Säbelrassen aus Washington.

Das sind alles Gründe, die gegen einen Krieg sprechen. Aber freilich ist die Lage alles andere als ruhig und stabil.

Nordkorea

Einige mögen's heiss

Experten rätseln nach dem Nukleartest in Nordkorea, ob das Regime in Pjöngjang tatsächlich über eine Wasserstoffbombe zusätzlich zu Atombomben verfügt. Eins ist sicher: Noch nie hat ein Bombentest Nordkoreas derart starke Erschütterungen hervorgeufen wie derjenige Anfangs September 2017. Erwa zehnmal so heftig wie beim bisher stärksten Atomtest war das Signal, das Geoforscher in den USA und Deutschland diesmal registrierten.

Dennoch sind sich die Experten nicht sicher, ob es sich wirklich um eine Wasserstoffbombe gehandelt hat, wie das Regime in Pjöngjang verkündete. Oder um eine herkömmliche Atombombe, deren Sprengkraft durch Beigabe der Wasserstoff-Isotope Deuterium und Tritium verstärkt wird. Um eine solche soge-



Kims Wasserstoffbombe. Bild: Nordkoreanisches Propagandaministerium

nannte «geboostete» Spaltungsbombe hatte es sich Experten zufolge Anfang 2016 gehandelt, als Nordkorea zum ersten Mal propagierte, eine Wasserstoffbombe getestet zu haben.

Wasserstoff- und Atombombe

Während herkömmliche Atombomben ihre Zerstörungskraft aus der Spaltung von Uran- oder Plutoniumkernen beziehen, nutzen Wasserstoffbomben die Verschmelzung – also Fusion – von Kernen des Elements Wasserstoff. Der Prozess der Kernfusion geschieht auch in der Sonne und setzt gigantische Energiemengen frei – weitaus mehr als die Vorgänge bei der Kernspaltung.

Allerdings sind für eine solche Kernfusion extreme Temperaturen und Druck nötig. Um diese zu erzeugen, braucht es wiederum eine Atombombe. Wasserstoffbomben sind daher zweistufig aufgebaut, wobei ein Atomsprengsatz als eine Art Zünder für den Fusionsvorgang dient. Bei diesem werden in der Bombe mitgeführte Kerne der Wasserstoff-Isotope Deuterium und Tritium derartig stark verdichtet, dass sie verschmelzen.

Es ist jedoch wegen ihres äusserst komplexen inneren Aufbaus erheblich schwieriger, eine Wasserstoffbombe zu bauen als eine herkömmliche Atombombe. Daher sind sich Experten relativ sicher, dass die Staaten, die erst in den vergangenen Jahren zu Atommäch-

ten geworden sind, bislang nicht über einsatzfähige Waffen dieses Typs verfügen – und widersprechen damit unter anderem Indien, das wie Nordkorea im Besitz der Wasserstoffbombe sein will.

Die erste zweistufige echte Wasserstoffbombe der Welt wurde von den USA am 1. November 1952 im Pazifik getestet, bekannt als «Operation Ivy Mike». Die Sowjetunion testete im Jahr darauf erstmals eine Fusionsbombe. Diese Waffen waren aber eher Prototypen, die für Einsätze noch nicht geeignet waren. Militärisch nutzbare Bomben hatten die beiden Supermächte erst etwas später, setzten sie jedoch nie in Kriegen ein.

Reaktionen

US-Präsident Donald Trump reagierte sofort mit starken Worten, dem Einberufen seines zivilen und militärischen Führungsstabes sowie der Vorbereitung von UN-Sanktionen. Als erste Reaktion auf den Atomwaffentest hatte Trump zuvor drei Botschaften auf dem Kurznachrichtendienst Twitter abgesetzt. Trump nennt den Test Nordkoreas «sehr feindlich und gefährlich» für die USA. Trump ermahnte asiatische Länder, keine Appeasement-Politik zu betreiben.

Sowohl China als auch Russland haben den Atomtest deutlich verurteilt – ebenso wie zahlreiche Regierungen und Institutionen weltweit, darunter Deutschland und Frankreich.

USA

Geofencing und Drohnen

Die US-Armee hat ihre Einheiten in einem Memo dazu angewiesen, alle DJI-Drohnen und weitere Geräte des Herstellers zu deaktivieren und ausser Betrieb zu nehmen. Sie begründet ihr Vorgehen mit Sicherheitsbedenken.

Diese sollen unter anderem auf einen geheimen Bericht mit dem Titel «DJI UAS Technology Threat and User Vulnerabilities» und auf das Memorandum «Operational Risks with Regards to DJI Family and Products» aus dem Mai dieses Jahres zurückgehen.

Wie der Anweisung zu entnehmen ist, hat die US-Armee zahlreiche DJI-Drohnen im Gebrauch. Die Drohnen und alle weiteren Geräte der Firma sollen nun sichergestellt und demontiert werden. Jegliche DJI-Software solle deinstalliert und Akkus und alle Mediendateien und Benutzereingaben aus allen vorhandenen DJI-Geräten entfernt werden. Weitere Anweisungen zum Umgang mit DJI-Produkten sollen folgen.

Seit Mai dieses Jahres zwingt DJI seine Kunden dazu, Drohnen offiziell beim Hersteller zu registrieren beziehungsweise in der Sprache des Herstellers «zu aktivieren». Kommen Kunden dieser Pflicht nicht nach, können nicht alle Funktionen der Geräte genutzt werden – beispielsweise wird die Flughöhe aus der Ferne vom Hersteller beschränkt. Es wird gemunkelt, dass unter anderem diese Herstellervorgabe und die möglichen Eingriffe aus der Ferne zu dem Schritt der US-Armee geführt haben. Mit der Registrierung könnte der Hersteller etwa die Bewegungsdaten einzelner Drohnen genau verfolgen und womöglich auch auf Videos und Bilder zugreifen.

DJI hatte die «Aktivierung» damit begründet, dass Drohnen gemäss den landesüblichen Bestimmungen geflogen werden sollen – also etwa Flugverbotszonen durch die DJI-Software automatisch eingehalten werden und Eigentümer mit den Geräten andere ortsübliche Gesetze nicht verletzen können. Möchten Nutzer in eigentlich geschützten Gebieten fliegen, müssen sie im Kontakt mit DJI Ausnahmen erwirken. Durch diesen Prozess erhält der Hersteller auf jeden Fall Kenntnis über den Flugort und das Gerät.

Mit Hilfe seines GeoFencing-Systems will DJI aber offenbar auch verhindern, dass seine Drohnen zu Terrorzwecken verwendet werden. So hat DJI angeblich weite Teile Syriens und des Iraks per Software-Update zu «No Fly Zones» erklärt. Anfang des Jahres waren mehrere Berichte aufgetaucht, dass die Terrormiliz IS mit Drohnen experimentierte, die mit Sprengstoff beladen wurden. Ausserdem geht DJI offensiv gegen Eingriffe von Hackern vor, die das Geofencing-System zu umgehen versuchen.

DJI hat stets Gerüchten widersprochen, dass der Konzern etwa Video- und Foto-Aufnahmen oder andere durch seine Geräte erhobene Daten mit chinesischen oder anderen Sicherheitsbehörden austauscht. Allerdings machen die Statements des Unternehmens auch klar, dass Flugdaten erhoben werden, die von nationalen Behörden im Rahmen von Untersuchungen angefragt werden können – etwa wenn eine Drohne in einen «illegalen oder unautorisierten Flug» verwickelt war. Nach individueller Prüfung werde dann über die Herausgabe der Daten entschieden.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*